

Ersteinst Mal
erschienen mit Anzeigen
der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreise
monatlich 40 Pfg.
vierteljährlich 1.20 Mk.
jährlich 4.80 Mk.
Durch die Post bezogen
1.00 Mk. extra Postgeb.

Die Neue Welt
(Unterhaltungsblatt)
durch die Post nicht bezogen,
kostet monatlich 10 Pfg.
vierteljährlich 30 Pfg.

Telephon Nr. 1047.
Kassengemeinschaft:
Volksklub Halle a. S.

W O R T S T A T T

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Merseburg, Delitzsch-Bitterfeld,
Baumburg-Weißenfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga
Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

Insertionsgebühr
beträgt für die 6 spalten-
weitigen Zeilen vom Raum
50 Pfennig.
Für ausserordentliche Anzeigen
25 Pfennig.
Im einschickenden Briefe
kann die Höhe 75 Pfennig.
Inserate
für die 6 spalten-
weitigen Zeilen vom Raum
50 Pfennig.
Für ausserordentliche Anzeigen
25 Pfennig.
Im einschickenden Briefe
kann die Höhe 75 Pfennig.
Eingetragen in die
Postzeitungsliste.

Die Abfuhr des Freisinns.

Der freie Mandatsraub, den die Mehrheit des preussischen Dreiklassenparlamentes unter der Führung des bekannten Freisinnigen Wischke verübt hat, ist den freisinnigen Verfassungen schädlich bekommen. Der Freisinn hat bei den Landtagswahlen in Berlin eine schwere blamable Niederlage erlitten. Die Berliner Arbeiter haben den heimatlichen Freisinnstreich tapfer abgewehrt und den sauberen Plan zunichte gemacht. Der Freisinn ist gerichtet, der infame Gewalttat ihm gebührend heimgepagelt worden. Mit Schmach und Schande bedeckt, muß er die Wahlstätt verlassen. Berlin ist unser — der Sozialdemokratie! Es ist dem Freisinn nicht gegliedert, der Sozialdemokratie auch nur ein einziges Mandat zu entreißen; er wurde auf der ganzen Linie geschlagen!

Am 5., 6. und 7. Landtagswahlkreise ist die Wiederwahl der Genossen Heimann, Worgmann und Hirsch so gut wie eine vollendete Tatsache. Im 12. Kreise wird Adolf Hoffmann wahrscheinlich mit dem Freisinnsmann in Stichwahl kommen. Es ist aber auch nicht unwahrscheinlich, daß Genosse Hoffmann gleichfalls im ersten Wahlgange gewählt wurde (das vorige Mal wurde er erst in der Stichwahl gewählt), im Moment liegt uns ein genaues und vollständiges Resultat über das gegenseitige Stimmverhältnis noch nicht vor. Jedenfalls kann man aber als ziemlich sicher damit rechnen, daß dem Genossen Hoffmann das Mandat in der Stichwahl zufallen wird. Kommt es so, dann ist die Niederlage des Freisinns eine vernichtende und vollständige, wie er sie reichlich verdient hat.

Die Enttäuschung, Verzerrung und Mutilation im freisinnigen Lager ist denn auch sehr groß. Der Freisinn hat eben politisch abgewirtschaftet. Selbst zahlreiche Lehrer und Beamte haben sich lieber der Stimme enthalten, als für den schiefen Freisinn zu stimmen! Weirübt und wehmützig konstatiert das auch die Saalezeitung, die am letzten Sonntag noch den Mut hatte, die Sozialdemokratie der Reichserkindschaft zu begünstigen. Sie verübt aber heute, die Mehrheit des Bureau Hirsch zu bringen, monad die auffällige Stimmhaltung der Lehrerschaft, auf die Haltung der Berliner freisinnigen (!) Stadtverordnetenmehrheit in der Gehaltsfrage zurückzuführen ist! So steht es mit der vielgepriesenen Lehrer-, freundschaft' des Freisinns, verechte Saalezeitung, mag ihr Dr. Schepp noch sozial in Reichsverbandssart zusammenrufen!

Auch der Ausfall der Berliner Wahlen ist nicht gerade ermutigend für unsern Halleischen Freisinn, der dem 26. November mit Wangen entgegensehen mag.

Auf die Halleische Arbeiterfrage aber, die Sozialdemokratie, werden die glänzenden Beispiele anderer Genossen in Sachsen, Baden, Koburg, und vor allem der prächtige Sieg unserer Berliner Genossen, erhebend, belebend und anfeuernd wirken. Sie wird alle ihre Kräfte freudig anstieten, um am Wahltage die vereinigte Reaktion niederzuzwingen!

Arbeiter, Parteigenossen! Die Wäde der deutschen Arbeiterklasse sind jetzt nach Halle gerichtet — die Waage zu siegen ist an Euch! Tut Eure Pflicht! Keiner stehe zurück! Halle muß werden!

Aus Berlin wird uns noch geschrieben:
Schon am Nachmittage des Wahltages, lange noch ehe die Wahlmännerwahl der dritten Wählerklasse beendet waren, stand es ziemlich fest, daß der räuberische Angriff des Freisinns auf den fünften, sechsten und siebenten Berliner Landtagswahlkreis glänzend abgeblasen war. Die Genossen Worgmann, Heimann und Hirsch werden ihre Mandate behalten. Im fünften Wahlkreise, wo die Waage bestig schwankt und die Zersplitterung der Parteien, die gabellosen Stichwahlen eine vorzeitige Liebersticht unmöglich machen, darf man mit Zuversicht hoffen, daß sich das Endergebnis nicht minder günstig gestalten wird. In den wiedereröffneten Kreisen scheint sich sogar das Gewicht der Wahlmännerwahlen ziemlich stark zugunsten der Sozialdemokratie verschoben zu haben, namentlich ist das im siebenten Kreise der Fall. Über den fünften Kreis kann schon jetzt soviel gesagt werden, daß das bisherige Ergebnis der Wahlmännerwahl einen günstigen Eindruck macht auf die Sozialdemokratie im fünften Kreise in der ersten Wählerklasse nur 26 Wahlmänner, diesmal sind es 88; in der zweiten Wählerklasse wurden im Vorjahre 77 sozialdemokratische Wahlmänner gewählt, diesmal 88. Das bedeutet einen Gewinn von 18 Wahlmännern in der ersten und zweiten Wählerklasse. Nach Voreinsicht der Wahlmännerwahlen im Vorjahre stellte sich heraus, daß die Sozialdemokratie 314 von 686 Wahlmännern

zur Abgeordnetenwahl stellen konnte, es fehlten ihr also 29 Wahlmänner, um gleich im ersten Wahlgang ihren Kandidaten durchbringen zu können. Krallen die Wahlmännerstichwahlen günstig aus, so ist es nicht ausgeschlossen, daß der Freisinn diesmal noch schlechter abschneidet als 1908, daß er dann nicht einmal Aussicht hat, bei der Abgeordnetenwahl in die Stichwahl zu kommen. Es braucht nicht erst gesagt zu werden, welchen Triumph es für die Berliner Arbeiter bedeuten würde, wenn es ihnen diesmal gelangte, ihren Kandidaten, dem Genossen Adolf Hoffmann, sofort glatt durchzubringen. Dann erst wäre die verdiente Vlamagne, die sich der Freisinn durch die widerrechtlich herbeigeführten Neuwahlen zugezogen hat, vollständig.

Aber auch soweit sich das Resultat der Wahlen jetzt schon übersehen läßt, hat der Freisinn alle Ursache, seine Kleider zu gereinigen und sein Haupt mit Asche zu bestreuen. Was mit einem freien Reichsverband begonnen und mit Mühe und Verleumdung fortgeführt wurde — man mußte nur Herrn Kopichens Reichsverbandreden hören! — endete mit einem fälschlichen Mißerfolge. Im fünften, sechsten, siebenten! Öffentlichkeit auch im größtmäßig!

Die Sozialdemokratie aber dankt den freisinnigen Wahlrechtsänderern die Gelegenheit, an ihre bisherigen und fälschlichen Siege auch ihre Berliner Erfolge zu reifen.

Unausrottbare Korruption?

Daß überall in den modernen Staaten die Giftige Korruption sich eingemischt hat, wird heutzutage auch von den Vertreten bürgerlicher Anschauungen nicht mehr bestritten. Wohl steht es der deutsche Wähler immer noch, seinen „Patriotismus“ durch die selbstgefällige Behauptung zu bekunden, daß bei uns „so etwas“ gar nicht möglich sei; aber allerlei Prozesse aus alter und neuer Zeit haben diese Dinge so klar gestellt, daß man höchstens darüber noch im Zweifel sein kann, ob der Wähler seine Erzählung von der deutschen Tugend noch selbst glauben mag. Sonst wird das Vorhandensein der Korruption überall zugestanden, und nur über die Frage sind die Meinungen noch geteilt, ob das Uebel heilbar sei oder nicht. Die einen sind der Ansicht, daß jeder Mensch sich nur auf sein besseres Selbst zu verlassen brauche, dann werde es mit aller Untreue sofort zu Ende sein — indes die anderen meinen, die Korruption entspringe dem Wesen der menschlichen Natur wie unserer öffentlichen Zustände und sei deshalb unausrottbar.

Diese letztere Ansicht, die zweifellos die tiefere ist, finden wir neuerdings vertreten in der bürgerlichen Finanzzeitschrift „Plusus“. Ausgehend von einem speziellen Fall in Prag, wo ein Zufallsbankrott nur deshalb Abgeordneter geworden sein soll, um von der Regierung Aufträge zu erhalten, und so ihm dies auch gefügt sein soll, schreibt der Plusus unter anderem:

„Daß Abgeordnete den Anhängern ihrer Politik materielle Vorteile zuzuführen, ist gerade in parlamentarisch regierten Staaten durchaus die Regel. Am ausgeprägtesten finden wir denartige Zustände in Amerika. Dort existiert noch das Gesetz vom Jahre 1830, das für die meisten Beamten eine bloß vierjährige Amtsperiode festsetzt. Nach vier Jahren müßten sie sich wieder in die Anstellung begeben, und zwar wäre es notwendig, daß durch den Staat ihrer Heimat ihre Anstellung befürwortet würde. Wird dadurch nicht der Korruption Vorwand geliefert? ... In Amerika weiß man, daß der Demokrat eine Anstellung nur bekommt, wenn seine Partei siegt, ebenso wie daß der Republikaner brotlos wird, wenn die republikanische Partei unterliegt.“

Es wird dann auf ähnliche Beispiele in Frankreich und Desterreich verwiesen, mit genügender Deutlichkeit auf die deutschen Zustände in Staat und Stadt hingewiesen und daran die Bemerkung geknüpft:

„So peinlich uns solche Vorkommnisse auch berühren mögen, im Grunde genommen entspringen sie dem Wesen unserer Politik“, weil nämlich die Masse keine Politik aus idealen Beweggründen treibt, sondern:

„Jeder Wähler hofft auf materielle Besserstellung durch den Sieg seiner Partei. Wo jeder Partei am Auber ist, da verlangt er greifbare Resultate für seinen „Geldbeutel“. Hienaber vermengt der Wähler gibt es Streber, die das, was andere ein heiliges Ideal ist, nur heucheln, um für sich persönliche Vorteile herauszufangen, sie es Geld, sie es Ruhm, Ehre, Einfluß. Das ist eine Sorte von Verwackern, genau so wie die anderen Verwacker, und die Annahme, daß ihr Tun aus dem Wesen der Politik entspringt, wäre sehr oberflächlich. Es ist durch dieselben Ursachen hervorgerufen, wie das Verbrechen überhaupt. Daneben gibt es aber noch eine andere Art von Korruption, und die ist es wohl, die der Plusus hauptsächlich im Auge hat. Wenigstens läßt das amerikanische Beispiel darauf schließen.“

In Amerika fliegen bei einem Siege der demokratischen Partei alle republikanischen Beamten aus ihren Stellen, und umgekehrt. Was aber dort aus der Politik ein reines Schachergeschäft gemacht hat, ist der Sache nach auch sonst überall vorhanden. Nehmen wir gleich ein ganz deutliches Beispiel.

Wenn in Deutschland die Sozialdemokratie zur Macht käme und die Entzignung des Privatpatents beginnen wolle, könnte sie sich allerdings nicht solche Beamte in Tätigkeit lassen, die dem entgegenwirken. Genau ebenso müßte eine liberale Regierung alle konservativen Regierungspräsidenten, Landräte usw. absetzen. Denn auf die Ausführung der von der Regierung beschlossenen Maßnahmen kommt doch alles an, und die liegt in der Hand der Beamten. Das ist der Grund, weshalb heutzutage von allen Beamten in Preußen streng konservativ Einstellung verlangt wird. Daselbst sehen wir auch in kleineren Kreisen. Wenn ein Mann, der Jahre lang das Organ irgend einer politischen Partei redigiert hat, zu der Überzeugung kommt, daß seine bisherige Ansicht falsch und die einer andern Partei richtig ist, dann muß er entlassen werden, und wenn er die neue Überzeugung auf noch so ehrlichem Wege erworben hat. Es liegt nun auf der Hand, daß dadurch die Korruption mächtig gefördert wird. Denn durch liegt natürlich ein Anreiz, diejenigen Einstellungen zu heucheln, die gerade die herrschenden sind, auch wenn man sie gar nicht teilt. Und das ist es wohl, was der Plusus meint, wenn er sagt, dergleichen entspringe dem Wesen der Politik.

Über ist das nun richtig? Entspringt solche Korruption wirklich „dem Wesen der Politik“ oder sollten ihre Gründe nicht doch anderswo zu suchen sein?

Stellen wir uns einmal den Fall klar vor. Nehmen wir an, daß durch einen vollständigen politischen Umsturz das, was unsere Liberalen die Reaktion nennen, beseitigt und durch ein liberales Regiment ersetzt würde. Da würden zweifellos eine ganze Reihe von Beamten, um ihr Amt nicht zu verlieren, das nun, was die neue Regierung will, an Stelle der konservativen Politik, die sie so lange Jahre getrieben, würden sie nun uneigentlich liberale Politik treiben. Aber warum? Aus welchen Gründen würden sie es so in ihrem Amte lieben? Doch offenbar nur deshalb, weil sie mit dem Amte zugleich das Brot verlieren würden. Und da stoßen wir nun auf den eigentlichen Grund jener Korruption. Es ist einfach die Bezahlung der wirtschaftlichen Erlöse mit der amtlichen Tätigkeit; es ist, mit einem Wort, der Umstand, daß sie ihr Amt gegen eine Bezahlung ausüben und von dieser Bezahlung leben müssen. Man kann beliebigen Leuten, die ihr Brot durch ihre Arbeit erwerben müssen, nicht einmal einen übermäßigen Vorkurs darauf machen, wenn sie alles aufbieten, um einen Vorkurs und dadurch eine amtliche Erlöse zu gewinnen oder zu behalten. Nur solche Leute sind wirklich gegen jede Art von Korruption, deren Lebensunterhalt ohne Rücksicht auf ihre Verfassungstätigkeit geschieht.

Daraus folgt, daß die Korruption keineswegs unausrottbar ist. Man forge nur dafür, daß jedermann seinen sicheren Lebensunterhalt hat, ganz gleichgültig, welche Arbeit er macht oder ob er überhaupt arbeitet. Dann hat niemand mehr nötig, aus Rücksicht auf sein Brot Einnahmungs- oder sonstige Streber zu treiben.

Nun werden unsere Gegner dies freilich für eine unmögliche Utopie erklären. Aber für Herrn Bernhard Wilow 3. B. und für viele andere macht es doch schon heute materiell gar nichts aus, ob sie im Amte sind oder nicht. Sie leben darum nicht schlechter. Wir sehen nicht ein, warum das nicht für alle Menschen möglich sein soll. Die Vorbildung ist nur, das alle Gebrauchsgüter in so reichlichem Maße beschafft werden, daß sie für alle Menschen genügen, und daß sie dann auch eine vernünftige Verteilung wirklich allen Menschen zugute kommen. Dieses wird erreicht durch den Sozialismus. Denn die Sozialisierung (Bergleichung) der Arbeit ist es, die unter unseren Augen die Produktivität der Arbeit immer mehr steigert; ist erst die gesamte Arbeit gesellschaftlich organisiert, so muß demnach ihre Produktivität eine ganz gewaltige sein. Und daß die dann vorhandenen Gütermassen auch allen Menschen gut zufließen, dafür wird ebenfalls der Sozialismus sorgen.

So sehen wir, daß der Sozialismus — weit entfernt, die Menschen unfrei und abhängig zu machen — erst die Grundlage und Möglichkeit wahrer persönlicher Freiheit schaffen wird.

Politische Uebersicht.

Halle a. S., 27. Oktober 1909.

Konservative Reaktionen.

Die Niederlage der Reaktion in Sachsen und Baden hat, wie es scheint, die preussischen Konservativen um den Rest der Bestimmung gebracht. Während Herr v. Heybrand in seiner bekannten Reichstagsrede von der preussischen Reichsreform wie von etwas Unvermeidlichem sprach, und es ihm nur noch um das Wie der Reform zu tun war, während die Kreuzzeitung eine ähnliche Haltung beobachtete und in konservativen Kreisen der Gedanke einer konservativ-ultimatomanten Reform — die allerdings danach gewesen wäre — zulebenden Boden gewann, man sich jetzt wieder auf den Standpunkt der reinen Negation zurückziehen und von einer Änderung überhaupt nicht reden. An der Spitze ihrer letzten Nummer veröffentlicht die Kreuzzeitung die Aufsicht eines preussischen Herrenhauses, worin Regierung und Parteien vor jedem Versuch, das geheiligte Dreiklassenwahlrecht anzutasten, unter

Den; lokale Arbeitslosenstellen erhalten 16 bis 30 Prozent, zentralisierte Stellen dagegen 24 bis 30 Prozent der aus eigenen Mitteln gewährten Arbeitslosenunterstützung zurückzuführen.

Da die Ansprüche an den Fonds des Arbeitsministeriums immer noch recht minimale sind, wurden die Höchstätze der Subventionen 20 bzw. 30 Prozent, an die betreffenden Stellen ausbezahlt. Diejenigen Stellen, die sich um die staatliche Subvention bemühen, müssen in allen Dingen ihre detaillierten und kontrollierbaren Nachweisberichte vorlegen. Diesen Umständen wird es hauptsächlich zugeschrieben, daß die Zahl der Bewerbungen so gering ist. — Im ersten Halbjahre gingen Unterstützungsanträge von 97 Arbeitslosenstellen ein, von denen 73 insgesamt 23 138 Frant Subventionen erhielten. Die übrigen landten entweder ungenügende Berichte oder verweigerten sie verlangten Auskünfte. — Von 112 Stellen, die im zweiten Halbjahre die Subvention nachsuchten, konnten 68 Stellen insgesamt 24 686 Frant erhalten. Den anderen mußte gemeint aus den vorher genannten Gründen die Subvention verweigert werden.

Die Subventionierten drei Zentral-Arbeitslosenstellen, die des Buchdruckers, des Lithographen und des Malchensbauers-Verbandes, zählten 15 578 Mitglieder, während die Gesamtzahl der Mitglieder aller Subventionierten Stellen 31 248 betrug! Diese drei Verbände zählten an 3097 arbeitslose Mitglieder für 37 866 arbeitslose Tage insgesamt 93 479 Frant Arbeitslosenunterstützung; sie erhielten 26 696 Frant Subvention. Alle 49 Subventionierten Stellen, die während des ganzen Jahres Subvention erhielten, hatten insgesamt 3600 Arbeitslose, denen für 61 000 Tage Arbeitslosigkeit 104 000 Frant an Unterstützung gezahlt wurden. — Die Zahl der während des ganzen Jahres subventionierten Arbeitslosenstellen ist von 43 in 1907 auf 52 in 1908 gestiegen. Für den letztgenannten Einfluß der Arbeitslosenunterstützung und deshalb auch der Förderung derselben durch den Staat führt der Minister das Beispiel des Zigarettenwerkes an. In der Stadt Zimonea besaßen sieben Arbeitslosenstellen für die Arbeiter dieser Industrie, mit insgesamt 1098 Mitgliedern, von denen infolge der Krise im Jahre 1908 nicht weniger als 803 arbeitslos waren. Diese bezogen während einer Gesamtzahl von 20 676 Tagen 31 607 Frant an Arbeitslosenunterstützung.

Oesterreich-Ungarn.

Das Steuerrecht.

Wien, 26. Oktober. Die neuen Steuern, die der Finanzminister ankündigt, sind folgende: Erhöhung der Brantweinsteuer, von 90 auf 140 Kronen pro Dekoliter; eine Erbschafts- und Schenkungssteuer im Betrage von 10 Millionen, eine Erhöhung der Personaleinkommensteuer; die Einführung einer Junggefellenteuer; Erhöhung der Dividendensteuer von den Aktiengesellschaften, indem eine Zusatzsteuer bei Dividenden über 10 Prozent progressiv bis 6 Prozent steigend eingeführt wird; erhöht wird die Besteuerung natürlicher und künstlicher Mineralwässer oder Sodawasser mit einem Ertrage von vier Millionen.

Rußland.

Wäterschen Freund.

Die edle russische Wäterschen des Jaren hat einen neuen glänzenden Sieg errungen. Der russische Justizminister hat den Führer des russischen Wolfverbandes, Dr. Dubrowin, über dessen Teilnahme an der Ermordung Herzogins und andern Altstaten kein Zweifel besteht, unter seine Fittiche genommen und dem finnländischen Gericht in einem besonderen Schreiben verboten, Dubrowin vor Gericht zu laden, nach dem Irrtum hatte die Regierung als die Dubrowin-Angelegenheit in der Duma zur Sprache kam, in einem besonderen Communiqué erklärt, daß sie zugunsten Dubrowins keine Abweisung vom Gesetz zulassen würde. Und nun schreibt der russische Justizminister in demselben Moment, wo Nikolaus und Viktor Emanuel brüderliche Küsse austauscht, vor, daß der Chef der edel russischen Wäterschen, der intime Freund und Ratgeber des Jaren, gesetzwidrig der finnischen Gerichtsbarkeit entzogen werden soll.

Die Arbeit des Galgen.

Die Zahl der Todesurteile im September ist nach einer ziemlich bedeutenden Verminderung in August, wo der Galgen infolge der Europareise des Jaren ein wenig rasten mußte, wieder stark gestiegen. Im September wurden zum Tode verurteilt 124 und hingerichtet 31 Personen. Insgesamt sind vom 1. Januar dieses Jahres 1038 Todesurteile gefällt und, nach den unvollkommenen Angaben der Presse, 474 vollstreckt worden.

Japan.

Das Attentat auf Itō.

Charbin, 26. Oktober. Der japanische Staatsmann Fürst Itō wurde hier von einem Koreaner getötet. Ueber Angelegenheiten des Attentats wird noch gemeldet: Fürst Itō, der von seinen Wagen verlassen hatte, schritt mit Holokowen und den russischen Offizieren die Front der Ehrenwache ab und ging gerade auf die Gruppe der ausländischen Konsuln zu, als hinter ihm mehrere Schüsse fielen. Von drei Augen getroffen, stürzte der Fürst, tödlich verwundet, nieder. Der japanische Generalkonsul Kanamami wurde schwer, aber nicht lebensgefährlich, verwundet, der Betriebschef der südmanchurischen Bahn Zanatu wurde am Fuße leicht verletzt. Der Täter ist verhaftet worden. Es liegt offenbar ein politischer Mord vor.

Fürst Itō ist das Opfer des nationalen Hasses der Koreaner gegen die japanischen „Hebräer“. Er war es, der das japanische Protektorat über Korea durchführte und die japanische Verwaltung auf der Halbinsel Korea persönlich eingeführt hat. Nachdem der zu einem Statendajen verurteilte Kaiser von Korea im Juli 1907 abgedankt hatte, war Itō der unumschränkte Herrscher des Landes geworden. Im Juni dieses Jahres wurde er von dieser Stellung abberufen und trat als Präsident an die Spitze des japanischen Staatsrats. Fürst Itō, der im Jahre 1840 geboren wurde, besaß eine durchaus europäische Bildung.

Aus der Partei.

Ein Vorstoß im schwarzen Sauerland.

Aus dem sozialistischen Sauerland in Westfalen wird ein sozialdemokratischer Vorstoß bei der Gemeinderatswahl gemeldet. In Lützenborn, einem bekannten katholischen Wahlbezirk, liegt in der dritten Abteilung unser Genosse mit 153 Stimmen über den Zentrumskandidaten, der nur 136 Stimmen erhielt. Der Sieg verdient um so größere Beachtung, als die Wahl öffentlich ist und das ganze katholische Sauerland, das in besonders hohem Maße unter dem direkten Einfluß der katholischen Geistlichkeit steht, bisher als unantastbarer Besitz der katholischen Kirche und des Zentrums stand.

Gemeinderatswahltag in Weimar. Genosse Waudert wurde trotz des Zusammengehens aller Parteien gewählt. Er geht als erster Sozialdemokrat in den Gemeinderat ein.

Verleumdete Arbeitswille. Vor der Strafkammer in Kiel hat sich der verantwortliche Redakteur der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung, Genosse Seyd wegen angeblicher Verleumdung von Arbeitswilligen zu verantworten. Es handelt sich um Vorgänge, die zu der Zeit spielten, als die städtischen Arbeiter in Kiel in einem überaus heftigen Kampfe mit der städtischen Verwaltung standen. In drei verschiedenen Artikeln der Schleswig-Holsteinischen Zeitung wurden die Arbeitswilligen scharf kritisiert. Die Strafkammer erkannte auf 400 Mark Geldstrafe, eventl. 40 Tage Gefängnis. Der Antrag, Zeugnis dafür zu laden, daß die gebrauchten Ausdrücke berechtigt wären, wurde vom Gericht abgelehnt mit der Begründung, daß die Tätigkeit der Streikbrecher eine notwendige war, wenn die Bevölkerung nicht durch mangelnde Zufuhr von Nahrungsmitteln schwer geschädigt werden sollte.

Aus der Jugendbewegung.

Der Polizeikampf gegen die Freie Jugendorganisation.

Wir berichten schon, daß in letzter Zeit die Polizei der freien Jugendorganisation in Berlin und den Vororten besondere Aufmerksamkeit zuwendet. Sie übernachtete die Versammlungen, auch wenn das Thema noch so harmlos ist, und suchte offenbar heimlich nach Material, mit dessen Hilfe man die jungen Leute unter 18 Jahren aus der Jugendorganisation vertreiben könnte. Die Polizei scheint nun jetzt ihrer Sache sicher zu sein; sie fandte an den Vorstehenden der freien Jugendorganisation Berlin, den Genossen Majshke, folgenden Erlass:

Nach dem seit Erlass des Reichsvereinsgesetzes, namentlich auch in neuester Zeit hinsichtlich der Betätigung des Vereins Freie Jugendorganisation Berlin's und Umgebend gemachten Wahrnehmungen ist der Verein als politischer Verein im Sinne des § 3 des Reichsvereinsgesetzes anzusehen. Der Vorstand ist daher verpflichtet, jede Veränderung der Satzung sowie

jede Veränderung in der Zusammenfassung des Vorstandes binnen einer Frist von zwei Wochen nach der Veränderung dem Polizeipräsidenten anzuzeigen. Verfümmert der gesetzlich vorgeschriebenen Anzeigen unterliegen der Bestrafung gemäß § 181 des Reichsvereinsgesetzes.

Bezüglich der Mitgliedschaft Jugendlicher an politischen Vereinen und der Teilnahme derselben an Versammlungen solcher Vereine wird auf § 17 genannten Gesetzes verwiesen.

In Vertretung (gez.) Friedhelm.
Die Beschwerde, die sicher gegen diesen Erlass eingelegt wird, dürfte die völlige Unhaltbarkeit der polizeilichen Argumentation ergeben. Die Freie Jugendorganisation bezieht sich in größter Öffentlichkeit, und was sich in ihren Versammlungen und Sitzungen abspielt, wird auch mit dem besten Willen nicht unter die politischen und öffentlichen Angelegenheiten des Reichsvereinsgesetzes zu bringen sein.

Quittung.

Für den Wahlfonds: Run, 205 10,00 Mk., auf Rite Nr. 231, 16. Dittritt 8,95 Mk., auf Rite Nr. 497, 16. Dittritt 2,10 Mk., auf Rite 470, 16. Dittritt 5,50 Mk. Reimand.

Für Parteigelder: Dittritt Nettelken 58,95 Mk. Dittritt Richter 17,05 Mk. Reimand.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Uebersicht, Parteinachrichten, Ausland, Gewerkschaftliches, Feuilleton und Vermischtes Karl Bod. für Lokales Otto Niebuhr, für Provinzialles und Versammlungsberichte Reinhold Drecher, sämtlich in Halle.

Die heutige Nummer umfasst 10 Seiten.

Etwas was Sie interessiert!

Miriam

Die neue 2 1/2 Pfg.-Cigarette.

In Deutschland nach orientalischem System von garantiert naturrell aromatischen Tabaken hergestellt, kann diese Cigarette trotz der hervorragenden guten Qualität schon mit

2 1/2 Pfg.

das Stück verkauft werden.

Beachten Sie den Namen

Miriam und die Firma **Yenidze**

Zu haben in den einschlägigen durch Plakate kenntlich gemachten Geschäften.

Handarbeiten.

- Paradehandtuch, vorgezeichnet Mk. 2.00 bis 25 Pf.
- Paradehandtuch mit Hohlsaum, vorgezeichnet Mk. 1.50, 2.25, 1.00 bis 50 Pf.
- Paradehandtuch mit Hohlsaum und Durchbruch Mk. 4.00 bis 75 Pf.
- Paradehandtuch, gestickt, mit Hohlsaum Mk. 4.50 bis 75 Pf.
- Küchen-Paradehandtuch, vorgezeichnet Mk. 1.75 bis 20 Pf.
- Küchen-Paradehandtuch mit Hohlsaum Mk. 3.00 bis 38 Pf.
- Tischläufer mit Hohlsaum Mk. 4.50, 3.50, 2.75, 2.25, 1.75 bis 75 Pf.
- Tischdecken Mk. 4.00, 3.00, 2.50, 1.75 bis 58 Pf.
- Servierdecken mit Hohlsaum Mk. 2.25, 1.75, 1.35 bis 75 Pf.
- Servierdecken mit Hohlsaum und Durchbruch Mk. 5.50 bis 1.50 Pf.
- Nachtischdecken mit Hohlsaum 45, 30, 20 Pf.
- Nachtischdecken mit Hohlsaum u. Durchbruch Mk. 1.45 bis 50 Pf.
- Schrankgarnituren, vorgezeichnet 52, 40 bis 28 Pf.
- Leitungsschoner, vorgezeichnet und garniert 65, 45 bis 33 Pf.

- Bettasche, vorgezeichnet 35, 25, 18, 12 Pf.
- Bettasche mit Durchbruch und Spitze Mk. 1.75, 1.45, 1.15 bis 45 Pf.
- Wandschoner mit Hohlsaum Mk. 3.50, 2.50, 1.75 bis 65 Pf.
- Bettwandschoner, vorgezeichnet, in eleganter Ausführung Mk. 3.00 bis 1.20 Pf.
- Waschtischgarnituren, 5teilig Mk. 2.00 bis 50 Pf.
- Wäschebeutel, vorgezeichnet und garniert Mk. 2.75 bis 75 Pf.
- Staubtuchbeutel, vorgezeichnet und garniert Mk. 2.50 bis 50 Pf.
- Staubtuchbeutel in Kongress, fertig gestickt Mk. 1.75 bis 50 Pf.
- Zeitungsmappen, vorgezeichnet Mk. 4.75 bis 50 Pf.
- Bürstentaschen, vorgezeichnet Mk. 4.50 bis 15 Pf.
- Klavierdecken, Filz, vorgezeichnet Mk. 3.75 bis 2 Pf.
- Marktkorbdecken, vorgezeichnet 65, 50, 40 bis 10 Pf.
- Vogelhauderdecken, vorgezeichnet Mk. 1.25, 1.00 bis 75 Pf.
- Waschkorbdecken, vorgezeichnet Mk. 2.50 bis 90 Pf.

- Küchentischdecken, vorgezeichnet Mk. 2.25 bis 90 Pf.
- Klammerschürzen, vorgezeichnet, mit Langzeit 90 bis 25 Pf.
- Klammerschürzen, vorgezeichnet und garniert Mk. 1.65 bis 55 Pf.
- Brotbeutel, vorgezeichnet Mk. 1.25 bis 15 Pf.
- Frühstücksbeutel, vorgezeichnet 90 bis 5 Pf.
- Besen-Vorhang, vorgezeichnet und garniert Mk. 3.00 bis 1 Pf.
- Lampenputztaschen, vorgezeichnet und garniert Mk. 1.15 bis 35 Pf.
- Topflappentaschen, vorgezeichnet und garniert 75 bis 20 Pf.
- Küchenborte, vorgezeichnet, in grau und weiss Meter 12 Pf.
- Kissen, vorgezeichnet, in reicher Auswahl 75 bis 10 Pf.
- Kissen, vorgezeichnet, mit Volant Mk. 1.75 bis 45 Pf.
- Kissen aus Russischleinen mit Franse Mk. 4.50 bis 1 Pf.
- Spischürzen, vorgezeichnet und garniert Mk. 1.50 bis 1 Pf.
- Herrenwesten, vorgezeichnete u. angelegene Muster Mk. 6.00 bis 2 Pf.

Geschäftshaus J. LEWIN Halle a. S., Marktplatz 2 und 3.

1. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 252

Halle a. S., Donnerstag den 28. Oktober 1909

20. Jahrg.

Donnerstag den 28. Oktober, abends 8 1/2 Uhr im großen Saale des „Volksparks“, Burgstraße,

Öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

Die bevorstehende Reichstagswahl in Halle-Saalkreis.

Referent: Reichstags-Abgeordneter E. Eichhorn.

Freie Diskussion.

Freie Diskussion.

Der Einberufer.

Mansfeld.

Dr. Dittich,

Oberbürgermeister von Leipzig und Vorsitzender des Ausschusses des Reichstagswahlvereins, den die Streikleitung nochmals um Vermittlung gebeten hat, teilte telegraphisch mit, daß er beunruhigt, verhindert zu sein. Von diesem

liberalen

Oberbürgermeister, der in seiner mündlichen Unterhandlung mit der Streikdeputation erklärte, daß er persönlich, als Privatmann (!) nichts gegen die Organisationszugehörigkeit der Bergleute einzuwenden habe, hatten die Streikenden erwartet, er werde auch im Ausschusse, als dessen Vorsitzender, seine persönliche Privatmeinung dahin geltend machen und dafür sorgen, daß den Bergarbeitern das Koalitionsrecht zugesprochen und dann der Streik abgebrochen werde. Es scheint nunmehr, als ob in der Person dieses liberalen Oberbürgermeisters zwei Seelen wohnen, eine öffentliche, eine private Seele, die auch Arbeitern gewisse Rechte zuerkennt, und eine kapitalistische Ausschüßers-Seele,

die von solchen Rechten nichts wissen will, und diese Ausschüßers-Seele beherrscht eben den Menschen Dittich so sehr, daß seine bessere, private Seele schweigen muß. Jedenfalls ist, nachdem auch dieser Versuch fehlschlugen, jede Hoffnung geschwunden, durch das Eingreifen eines Mächtigen und dazu noch „sozialpolitisch“ so „fortschrittlich“ Mannes, wie Herr Dr. Dittich, auf gütlicher, für beide Teile annehmbarer Grundlage Frieden zu schließen und so muß der Kampf entstehen!

Die Maschinenwehre,

die vor den Toren der Kupferhammerhütte bei Gietzsch, Verderben anstehend, nach Gietzsch und Wolmet geschaut, hat man jetzt tagtäglich eingesehen, lächelt sie jedoch zum Schicksalwechsel immer noch hinaus, wohl um die Forderung der Situation zu erhöhen. Sonst ließe das Militär im Streikgebiet eine recht traurige Rolle, es stünde fast vor lauter Langeweile alle Straßen sind leer, nur eine Militärpatrouille besetzt den armen, die selbst nicht wissen, warum sie umhergeschickt werden. Die Herren Leutnants fangen die Ordnungsmänner, befehlen ihnen, die weißen Armbänder abzumachen, was auch prompt geschieht, aber ebenso prompt werden sie nachher wieder angepackt. Einige Offiziere haben sich schon an die weißen Armbänder gewöhnt und macht der Anblick derselben sie nicht mehr nervös.

Das Bürgerium,

das sehr wohl weiß, daß das beste Ende er in nächstjährigen Stenografen nachkommt, ist äußerst empört, und man droht mit Bürgerversammlungen, in denen Protest erhoben und der sofortige Abzug des Militärs gefordert werden soll. Bisher weiß noch kein Mensch, warum das Militär eigentlich requiriert wurde, da doch keinerlei Ausschreitungen, nicht mal eine Kränzelei, vorgekommen sind, und das Gerücht, die Streikenden wollten eine Brücke und die Oberzüge und Hütten-direktion mit Herrn Vogelgang in die Luft sprengen, dürfte doch erstens Wahrheit nicht so ins Vogelnest gejagt haben, dürfte doch gleich vier Warningsalarmieren!

Herr Vogelgang

selbst lehnt die Verantwortung für die Veranziehung des Militärs ab, denn nach Zeitungserwähnungen hat er erklärt, die Gewerkschaft habe kein Militär verlangt,

das habe der Verband von Mansfeld bestellt.

Eine Mitteilung auf die Streikenden hat das Militär nicht gemacht, höchstens die, daß die Erbitterung nur noch gesteigert wurde und die Zahl der Ausständigen täglich zunimmt. Während sonst wieder alles im alten Gleise sich weiter bewegt, die Streikposten ihre Funktionen versehen, ohne weiter belästigt zu werden, geht der

Oberwachmeister Nagel

von Gietzsch, der zuletzt auf der Straße von Gietzsch nach dem Paulschloß die „Ordnung“ aufrecht erhält, äußerst schneidig vor. Er fordert die Bergarbeiter auf, mit der Wappung auf die Streikposten einzukommen, unterstützt sie mit Was, Lump, Knäuel, verhält sich eben, der sie aufnotiert, worauf sie dann zum Obersteiger Jabel, der sie aufnotiert, worauf sie dann zum Obersteiger Jabel, das Hinkelreppen zum Obersteiger Jabel hat und kann nur den Grund haben, die Leute zur Wappreueung zu empfehlen, weil sie tun, was ihnen das Gesetz zu tun erlaubt. Dafür leben wir in einem — Rechtsstaat!

Was alles für die Gewerkschaft eintritt, können auch die Herren Amtsmänner nicht zurücksehen. Der Ortsvorsteher von Mansfeld von Selka erklärte, als ihm eine Frauenversammlung angemeldet wurde, daß er die Erlaubnis (!) nur erteile, wenn die Versammlung schriftlich angemeldet würde und wenn er sich davon überzeugt habe, daß er Beamten genug habe, dieselbe ordnungsgemäß überwachen zu

lassen. Er mußte sich allerdings schnell davon befreien lassen, daß er überhaupt nichts zu „genehmigen“, sondern nur zu beschleunigen habe. Der Amtmann von Gietzsch verstand es noch besser. Er schrieb eigenhändig unter die Anmeldebekundigung für eine Frauenversammlung in Gietzsch:

„Zu vorstehender Versammlung erteile ich hierdurch bis 5 (fünf) Uhr nachmittags die Genehmigung.“

Gietzsch, den 22. Oktober 1909.

b. Doetzingen.

Der adlige Gietzschbesitzer mußte es sich gefallen lassen, daß die Versammlung auch ohne seine Genehmigung bis über 5 Uhr lagte, eben so lange, als es notwendig war.

Dr. Rothmaler von Gietzsch teilt der Leipziger Volkszeitung vom 23. Oktober mit, daß er nie einer Bergmannsfrau gelang habe. „Gegen die Ihrem alten Gieße, er solle sich sofort auf den Saal des Saales“. Wir nehmen an, daß Dr. Rothmaler seine „Verteidigung“ im besten Glauben abgelegt hat; es gehen ihm jetzt viele Dinge durch den Kopf, deshalb wollen wir ihm berichten, daß er diese Äußerung am 16. Oktober zu einer Bergmannsfrau M. gelang hat, die ihre Angaben eifrig erzählt will. Wir können nichts zurücknehmen, was wir berichtet haben, obgleich sich Dr. Rothmaler nach dem Artikel „gebeffert“ hat.

Ein interessanter Brief.

Die Herbeiführung des Militärs hat die Wirkung ausgeübt, daß das Bürgerium den Streik mit ganz andern Augen betrachtet als vorher. Der Wange über das geschickte Militär aufgebracht hat den Bürgern auch in anderer Hinsicht die Augen geöffnet, so daß sie verhältnismäßig objektiv über die Streikenden urteilen. So bemerkt das Militär wertvollen, praktischen Anknüpfungspunkt bei der Bevölkerung, die bisher in lauter Hurrapatriotismus schwelgte. Das zeigt folgender Brief, den ein im Streikgebiet wohnender Geschäftsmann an seinen in Leipzig wohnenden Verwandten geschrieben hat:

Gietzsch, den 22. Oktober 1909.

Herr Schwefler, Schwager und Nichte!

Schon längst wollte ich Euch über unsere jetzigen Verhältnisse schreiben. Wahrscheinlich wißt Ihr mehr davon wie wir, denn unsere Blätter schreiben sehr nichts davon. Die haben Angst, daß es ihnen von der Gewerkschaft übel gedeutet wird. Heute steht das erstmal ein größerer Aufsatz darüber drin, und dann schreibt es auch nicht die Wahrheit. Die Bergleute verhalten sich so ruhig, und wird auf natürliche Ordnung gehalten von Seiten der Streikleiter. Selbst gehen mit weichen Armbändern herum und ermahnen die Bergleute zur Ordnung und Ruhe. Und doch sind über Nacht über ein Regiment Soldaten eingetroffen ohne jede Veranlassung. Aber von Seiten der Polizisten und Gendarmen wird Veranlassung zu Tumulten gegeben. Die brechen den Aufbruch richtig zum Zwecke. Sämtliche Einwohner gehen den Arbeitern recht, nur wenige sind dagegen; wenn man bekennt, was heute alles los ist, und die verdienen 3 Mark den Tag und haben meistens bis fünf Kinder, auch noch mehr. Die Gewerkschaft hat ihren Arbeitern diese Tage schon zweimal die Miete aufgeschlagen und allen Vorteil entzogen. Keiner darf irgendwelche Nebenbeschäftigung machen, auch die Frauen dürfen auf Kaufs nicht verdienen, sonst wird der Mann abgelehnt. Jetzt hat man auch noch wollen alle Arbeiter auf eine Zeitlang gehen lassen von früh 8 bis 6 Uhr abends; so konnten sie noch nicht einmal ihr tägliches Geld besorgen. Da soll man der beste Mensch nicht aufrechterhalten werden bei solchen Zuständen und seinen Fleiß mehr Lohn, wo alles so teuer ist. Weil uns ist es so: hat der Bergmann sein Geld, hat niemand Geld, denn alles hängt davon ab. Ihr könnt Euch denken, wie alle Geschäfte darnebenliegen. Geliefert wird von niemand was, wie das bloß noch werden soll. Wer da nicht fertig ist, der fällt. Die Arbeiter sind ja alle in den Vorkamer Verband eingetreten, bekommen 12 Mark die Woche und für jedes Kind unter 14 Jahren 1 Mark die Woche. Das reicht aber bloß zum Essen, was kaufen können sie nicht. Wenn man die diesen bräutlichen Leute sehen sieht, bloß um eines halben Kopfes willen wird es einem ordentlich weh ums Herz. Man hört aber nie ein Jökeln und Schreien, es geht alles in solcher Ruhe seine Wege. Und da läßt die Gewerkschaft ganz heimlich so viele Soldaten kommen. Wenn die vier Wochen hier sind, was kostet das für Geld? Da hört man von den Arbeitern sagen: Wir zu etwas ist gleich Geld da, warum bekommen wir nicht ein paar Groschen mehr? Für uns ist kein Geld da, für die Beamten und solchen Unflut ist immer was da. Die Soldaten sollen denen bloß einen Schreck einjagen, aber die lassen sich nicht mehr einschüchtern. Wo sind alle reiche-treuen Knappen so schnell hin? Die paar Arbeitstilligen werden hinten und vorn von Soldaten eingeschlossen, zur Arbeit geführt wie Verbrecher, und kein Mensch tut denen

etwas. Es sind meist alte; selbstige sind sogar aufgebort worden, zu arbeiten, als sie mit streiken wollten. Und unter solchen Umständen kommt so viel Militär her. Alle Einwohner sind empört darüber. Bis heute liegen sämtliche Schächte und Güten still, bloß die Krughütte bei Wimmelburg geht noch; die warten auch bloß noch auf Weibchen, dann steht auch die noch. Es arbeiten auch ganz wenige noch, die Zeitungen schreiben die Unwahrheit. Heute weiter nichts.

Pastor Harnisch

hat sich mit seinem Volksblatt fast alle Sympathie bei den Streikenden wie auch bei vielen Bürgern verschafft. Es wird sehr unangenehm empfunden, daß sich ein Pastor überhaupt in den Streik mischt und noch vielmehr

in so einseitiger Weise Partei

nimmt. Ob es Herrn Harnisch bereits zum Bewußtsein gekommen ist, daß er sich seinen großen moralischen Ruhm mit seinem Flugblatt erworben hat, wissen wir nicht. Jedenfalls kann der Umstand, daß die von der Gewerkschaft abgängige Presse den Inhalt seines Flugblattes abdruckt, gar nichts zu seinen Gunsten besagen.

Eine hochinteressante, kritische Beleuchtung des Verhältnisses der Kirche zum Kapital gibt die Zeitschrift, daß die Mansfelder Gewerkschaft jährliche

Beiträge für sozialistische Tätigkeit

zahlt. Zunahme hat die Gewerkschaft schon für diese Zwecke ausgegeben. Auch Pastor Harnisch erhält jährlich 300 Mark solcher „Beiträge“ für sozialistische Tätigkeit. Jedenfalls soll diese Beihilfe die Herren Pastoren ansetzen, recht eifrig für das Wohl der Bergarbeiterlesen zu sorgen. Noch besser wäre es jedoch, wenn diese Herren sich ebenso eifrig um das leibliche Wohl der Bergarbeiter sorgen würden. Wenn sie dann herausfänden, daß die Ernährungsweise und die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter ungenügend sind, müßten sie dafür wie gebietet, daß auch dieses anders wird. Indes wir haben noch nicht gehört, daß sich Herr Pastor Harnisch darum eifrig bemüht hat. Hoffentlich hat er sich zu seinem Flugblatt nur zum Mittel für die armen Bergarbeiter leiten lassen. Daß er das Flugblatt etwa gegen den 800 Mark geschrieben hat, die er von der Gewerkschaft bekommt, scheint uns natürlich völlig ausgeschlossen.

Zur Reichstagswahl.

Zur Volksversammlung

am Donnerstag ist die letzte öffentliche Agitation der Parteigenossen und Genossen dringender erforderlich. Nehmer in der im Volkspark, abends 8 1/2 Uhr, stattfindenden Versammlung ist der Reichstagsabgeordnete Genosse Emil Eichhorn. Es liegt an den Arbeitern, der Agitation durch Ausgestaltung dieser Versammlung zu einer wichtigen Kundendemonstration neuen Anstoß zu geben. Die Wähler der nichtbestehenden Klassen mögen der Reaktion beweisen, daß von nun an die Massen auf der Seite des Fortschritts sind! Auf zur Versammlung!

Wähler, benutz die Einzelzeichnungslisten.

Am Freitag beginnt die amtliche Distenaustragung, die nur acht Tage dauert. Es ist unbedingt nötig, daß jeder Wähler sich überzeugt, ob sein Name in den Wählerlisten enthalten ist. Die Kontrolle läßt er am besten, wenn er möglichst sofort die Einzelzeichnungslisten der sozialdemokratischen Partei benutz. Diese Listen liegen in allen Distrikten und Verkehrs-lotzen der Partei und Gewerkschaften, in den Verbands-bureaus, in parteigenösslichen Geschäften usw. aus. Jeder trage in sie seinen Namen ein.

Hier ist letztes Flugblatt

schickt den liberalen Kulturpolitikern des Wahlkreises schwere Beschuldigungen bereitet zu haben. Die Saalezeitung schreibt in einem Wutausfall darüber, daß es „von faulstündigen Lügen“ wimmle. Und weshalb das? Weil es den Pressen als Wahlkreises-freund, als Freund des Koalitionsrechtes, als Partei, welche Irreführung der Massen bei der Steuerreform betrieben habe, hinstelle. Die Saalezeitung besitzt die allerdings nicht unerwartete Dreistigkeit, zu behaupten, daß von den genannten Dingen das Gegenteil wahr sei. Mit Tatsachen gibt sich das in die Enge getriebene Organ freilich nicht ab. Das kann es auch nicht, denn die in unserem Flugblatt aufgeführten Tatsachen

